

1193 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 16. 7. 1993

Regierungsvorlage

Notenwechsel über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation

Der Bundesminister
für
auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 15. Juni 1993

Exzellenz,

Bei den österreichisch-russischen Expertengesprächen über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation, die am 18. Mai 1992 in Wien und am 9./10. Dezember 1992 in Moskau stattgefunden haben, wurden die zwischen Österreich und der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge im Hinblick auf ihre Weiteranwendung zwischen Österreich und der Russischen Föderation erörtert und dabei in folgende Gruppen eingeteilt:

Gruppe I

Verträge, die weiter angewendet werden sollen:

1. Übereinkommen betreffend die Durchführung des zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik abgeschlossenen Übereinkommens vom 28. Juli 1923 über die beiderseitigen Botschaftsgebäude und die Regelung gewisser besonderer, damit zusammenhängender Fragen samt Schlußprotokoll, beide vom 16. Juli 1927;
2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen vom 11. März 1970;
3. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den internationalen Straßenverkehr samt Protokoll, beide vom 3. Juli 1973, und Vereinbarung über die Wiederan-

wendung dieses Abkommens und die Änderung seiner Artikel 14 und 18 vom 19. Dezember 1978.

Die Z 1, 3, 6 und 9 des Protokolls sind so zu lesen, daß

a) Z 1 des Protokolls lautet:

„(1) Im Sinne des genannten Abkommens sind unter zuständigen Behörden zu verstehen:

Von österreichischer Seite: das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,

Von russischer Seite: „Das Ministerium für Verkehr der Russischen Föderation“;

b) in Z 3 des Protokolls die Worte „des Anhangs 2 des Übereinkommens über den Straßenverkehr vom 8. November 1968“ an die Stelle der Worte „des Anhangs 3 des Abkommens über den Straßenverkehr vom 19. September 1949“ treten;

c) in Z 6 des Protokolls die Worte „zwischen dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich und dem Ministerium für Verkehr der Russischen Föderation“ an die Stelle der Worte „zwischen dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Ministerium für Autotransport der RSFSR“ treten;

d) in Z 9 des Protokolls die Worte „Übereinkommen über den Straßenverkehr; das in Wien am 8. November 1968 abgeschlossen worden ist“ an die Stelle der Worte „Abkommen über den Straßenverkehr, das in Genf am 19. September 1949 abgeschlossen worden ist“ treten.

4. Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend Sichtvermerke für Journalisten und deren Familienangehörige vom 1. März 1976;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend die Erteilung von mehrmaligen Sichtver-

merken für Mitarbeiter von Botschaften, konsularischen Vertretungen und deren Familienangehörige vom 12. September 1977 und vom 10. März 1978;

6. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vom 10. April 1981;

7. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz vom 16. Dezember 1981;

8. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Innere Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Suchtgifthandels und der organisierten Kriminalität vom 11. Jänner 1990;

9. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen samt Notenwechsel, beide vom 8. Februar 1990;

10. Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die vereinfachte Regelung der Ein- und Ausreise sowie des vorübergehenden Aufenthalts der Besatzungsmitglieder von Flugzeugen österreichischer und sowjetischer Fluggesellschaften vom 4. und 12. April 1990.

Gruppe II

Verträge, die bis zum Abschluß neuer Verträge in pragmatischer Weise weiter angewendet werden sollen:

11. Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken samt Beilage betreffend die Rechtsstellung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Republik Österreich vom 17. Oktober 1955;

12. Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 28. Februar 1959 und Protokoll vom 31. Mai 1974;

13. Abkommen über die wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 24. Mai 1968;

14. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Luftverkehr vom 2. Juli 1968;

15. Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 1. Februar 1973 und Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;

16. Langfristiges Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. Mai 1975 und Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;

17. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich und dem Staatlichen Komitee der UdSSR für Erfindungen und Entdeckungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums vom 25. Oktober 1980;

18. Langfristiges Programm über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 19. Jänner 1981 und Protokoll über die Erweiterung und Verlängerung der Gültigkeitsdauer bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;

19. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Rechtsschutz gewerblichen Eigentums vom 10. April 1981;

20. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens samt Notenwechsel vom 10. April 1981;

21. Memorandum zwischen dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Österreichs und dem Ministerium für Zivilluftfahrt der UdSSR vom 9. Juli 1987;

22. Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. Juli 1987;

23. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen vom 12. September 1988.

Gruppe III

Verträge, die bis zur Neuregelung der Beziehungen auf den jeweiligen Sachgebieten, soweit möglich, in pragmatischer Weise weiter angewendet werden sollen:

24. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend die Regelung technischer und kommerzieller Fragen der Donauschifffahrt vom 14. Juni 1957;

25. Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 22. März 1968;

26. Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für die Jahre 1990 bis 1993 vom 20. Juni 1990.

Gruppe IV

Verträge, die als nicht mehr in Geltung stehend identifiziert wurden:

27. Abkommen betreffend die beiderseitige Anerkennung der Warenzeichen vom 26. April 1927;

28. Notenwechsel betreffend die Befreiung von der Gebühr für die Aufenthaltsbewilligung für Ausländer vom 10./27. Juli 1932;

29. Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der UdSSR über den gegenseitigen Filmverkehr vom 2. August 1956;

30. Abkommen über Erdöllieferungen aus der UdSSR an die Republik Österreich in den Jahren

1959 bis 1965 als Kompensation für die Hälfte der durch Österreich an die Sowjetunion laut Abkommen vom 12. Juli 1955 alljährlich zu liefernden Ölmengen vom 26. September 1958;

31. Abkommen über den donauanahen Handel zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. Juli 1987;

32. Abkommen zwischen dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft der Republik Österreich und der Staatskommission des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für Nahrungsmittel und Beschaffung über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft vom 12. November 1989.

In den in den Gruppen I, II und III angeführten Verträgen sind die Bezeichnungen „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ oder „UdSSR“ bzw. „sowjetisch“ als „Russische Föderation“ bzw. „russisch“ zu lesen.

Die in diesem Notenwechsel vorgenommene Einteilung der Verträge in Gruppen läßt die innerstaatlichen Zuständigkeiten der beiden Seiten zur Änderung und zur Beendigung der Geltung der völkerrechtlichen Verträge unberührt.

Falls die Russische Föderation mit dieser Vorgangsweise einverstanden ist, ersuche ich dies in Form einer Note zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Alois Mock

S. E. Herrn Andrej W. Kosyrew
Minister für
auswärtige Angelegenheiten
der Russischen Föderation

РОССИЙСКАЯ ФЕДЕРАЦИЯ**МИНИСТР ИНОСТРАННЫХ ДЕЛ****"15" июня 1993 года****Ваше Превосходительство,**

Я имею честь подтвердить получение Вашей ноты от **"15"** июня 1993 года, которая гласит следующее:

"Ваше Превосходительство,

В ходе австрийско-российских консультаций экспертов по вопросам договорных отношений между Австрией и Российской Федерацией, состоявшихся 18 мая 1992 г. в Вене и 9-10 декабря 1992 г. в Москве, были обсуждены заключенные между Австрией и бывшим Союзом Советских Социалистических Республик международные договоры в плане продолжения их применения между Австрией и Российской Федерацией, и при этом они были разделены на следующие группы:

**Его Превосходительству
Федеральному министру
иностраннх дел
Австрийской Республики
г-ну Алоису МОКУ**

Группа I**Договоры, которые продолжают применяться в целом:**

1. Соглашение относительно применения заключенного соглашения между Федеральным правительством Австрии и Правительством Российской Советской Федеративной Социалистической Республики от 28 июля 1923 г. о посольских зданиях обеих сторон и об урегулировании определенных, связанных с этим специфических вопросов, включая заключительный Протокол. Соглашение и Протокол от 16 июля 1927 г.

2. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик по вопросам гражданского процесса от 11 марта 1970 г.

3. Соглашение между Федеральным правительством Австрии и Правительством Союза Советских Социалистических Республик о международном автомобильном сообщении, включая Протокол от 3 июля 1973 г., а также договоренность о дальнейшем применении этого соглашения и изменении его статей 14 и 18 от 19 декабря 1978 г.

Пункты 1, 3, 6 и 9 Протокола читаются:

а/ Пункт 1 Протокола гласит:

"(1) В смысле названного соглашения под компетентными органами понимаются:

С австрийской стороны: Федеральное министерство государственной экономики и транспорта.

С российской стороны: Министерство транспорта Российской Федерации".

б/ В п.3 Протокола фраза "приложения 2 Договоренности об автомобильном сообщении от 8 ноября 1968 г." заменяет фразу "приложения 3 Конвенции об автомобильном сообщении от 19 сентября 1949 г."

6

1193 der Beilagen

в/ В п.6 Протокола фраза "между Федеральным министерством государственной экономики и транспорта Австрийской Республики и Министерством транспорта Российской Федерации" заменяет фразу "между Федеральным министерством торговли, ремесел и промышленности и Министерством автомобильного транспорта РСФСР".

г/ В п.9 Протокола фраза "Конвенция, заключенная в Вене 8 ноября 1968 г." заменяет фразу "Конвенция об автомобильном сообщении, заключенная в Женеве 19 сентября 1949 г."

4. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о выдаче въездных-выездных виз журналистам и членам их семей от 1 марта 1976 г.

5. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о выдаче сотрудникам посольства и консульских учреждений, а также членам их семей многократных виз от 12 сентября 1977 г. и от 10 марта 1978 г.

6. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о сотрудничестве в области здравоохранения от 10 апреля 1981 г.

7. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о взаимной охране авторских прав от 16 декабря 1981 г.

8. Соглашение между Федеральным министерством внутренних дел Австрийской Республики и Министерством внутренних дел Союза Советских Социалистических Республик о сотрудничестве в борьбе с незаконным оборотом наркотиков и с организованной преступностью от 11 января 1990 г.

9. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о содействии и взаимной защите инвестиций, включая обмен нотами от 8 февраля 1990 г.

10. Соглашение между Федеральным правительством Австрии и Правительством Союза Советских Социалистических Республик об упрощенном порядке въезда-выезда и временного пребывания членов экипажей самолетов австрийских и советских авиакомпаний от 4 и 12 апреля 1990 г.

Группа II

Договоры, которые продолжают применяться прагматически, вплоть до заключения новых:

11. Договор о торговле и судоходстве между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик с приложением относительно правового статуса Торгового представительства СССР в Австрийской Республике от 17 октября 1955 г.

12. Консульский договор между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 28 февраля 1959 г. и Протокол от 31 мая 1974 г.

13. Соглашение об экономико-научно-техническом сотрудничестве между Федеральным правительством Австрии и Правительством Союза Советских Социалистических Республик от 24 мая 1968 г.

14. Соглашение между Федеральным правительством Австрийской Республики и Правительством Союза Советских Социалистических Республик о воздушном сообщении от 2 июля 1968 г.

15. Соглашение о развитии экономического, научно-технического и промышленного сотрудничества между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 1 февраля 1973 г. и Протокол о

продлении срока действия этого соглашения до 31 декабря 1995 г. от 4 октября 1985 г.

16. Долгосрочное соглашение о товарообороте и платежах между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 30 мая 1975 г. и Протокол о продлении срока действия этого соглашения до 31 декабря 1995 г. от 4 октября 1985 г.

17. Договоренность между Федеральным министерством торговли, ремесел и промышленности Австрийской Республики и Государственным комитетом СССР по делам изобретений и открытий о сотрудничестве в области промышленной собственности от 25 октября 1980 г.

18. Долгосрочная программа развития и углубления экономического, научно-технического и промышленного сотрудничества между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 19 января 1981 г. и Протокол о расширении и продлении ее срока действия до 31 декабря 1995 г. от 4 октября 1985 г.

19. Соглашение между Федеральным правительством Австрийской Республики и Правительством Союза Советских Социалистических Республик о правовой охране промышленной собственности от 10 апреля 1981 г.

20. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик об устранении двойного налогообложения доходов и имущества от 10 апреля 1981 г., включая обмен нотами от 10 апреля 1981 г.

21. Меморандум между Федеральным министерством государственной промышленности и транспорта Австрии и Министерством гражданской авиации СССР от 9 июля 1987 г.

22. Соглашение о сотрудничестве в области туризма между Федеральным правительством Австрийской Республики и Правительством Союза Советских Социалистических Республик от 9 июля 1987 г.

23. Соглашение между Правительством Австрийской Республики и Правительством Союза Советских Социалистических Республик об оперативном оповещении о ядерной аварии и об обмене информацией о ядерных установках от 12 сентября 1988 г.

Группа III

Договоры, которые продолжают применяться прагматически, по мере возможности, до нового урегулирования отношений в соответствующих областях:

24. Соглашение между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик об урегулировании технических и коммерческих вопросов судоходства по Дунаю от 14 июня 1957 г.

25. Соглашение о культурном и научном сотрудничестве между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 22 марта 1968 г.

26. Соглашение между Федеральным правительством Австрии и Правительством Союза Советских Социалистических Республик о культурном и научном сотрудничестве сроком на 1990-1993 гг. от 20 июня 1990 г.

Группа IV

Договоры, которые более не действуют:

27. Соглашение относительно взаимного установления регистрации товарных знаков от 26 апреля 1927 г.

28. Обмен нотами об освобождении проживающих в СССР австрийских граждан от уплаты сборов за виды на жительство для иностранцев от 10/27 июля 1932 г.

29. Соглашение между Федеральным правительством Австрийской Республики и Правительством СССР о взаимном обмене фильмами от 2 августа 1956 г.

30. Соглашение о поставках нефти из СССР в Австрийскую Республику в 1959-1965 гг. в качестве компенсации за половину поставленной Австрией

10

1193 der Beilagen

Советскому Союзу в соответствии с Соглашением от 12 июля 1955 г. ежегодно нефти от 26 сентября 1958 г.

31. Соглашение о придунайской торговле между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 9 июля 1987 г.

32. Соглашение между Федеральным министерством сельского и лесного хозяйства Австрийской Республики и Государственной комиссией Совета Министров СССР по продовольствию и закупкам о научно-техническом сотрудничестве в области сельского хозяйства от 12 ноября 1989 г.

В договорах, указанных в группах I, II, III, слова "Союз Советских Социалистических Республик" или "СССР", "советский" читаются как "Российская Федерация" или "российский".

Предусмотренное данным обменом нотами разделение договоров на группы не затрагивает внутригосударственной компетенции обеих сторон в вопросах изменения или прекращения действия международных договоров.

Если Российская Федерация согласна с такой процедурой, прошу Вас подтвердить это в форме ноты.

Примите, Ваше Превосходительство, уверения в моем самом высоком уважении".

Имею честь подтвердить, что Российская Федерация согласна с содержанием Вашей ноты.

Примите, Ваше Превосходительство, уверения в моем самом высоком уважении.



(Übersetzung)

Russische Föderation
Der Außenminister

Wien, am 15. Juni 1993

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 15. Juni 1993 zu bestätigen, welche folgendermaßen lautet:

„Exzellenz,

Bei den österreichisch-russischen Expertengesprächen über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation, die am 18. Mai 1992 in Wien und am 9./10. Dezember 1992 in Moskau stattgefunden haben, wurden die zwischen Österreich und der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge im Hinblick auf ihre Weiteranwendung zwischen Österreich und der Russischen Föderation erörtert und dabei in folgende Gruppen eingeteilt:

Gruppe I

Verträge, die weiter angewendet werden sollen:

1. Übereinkommen betreffend die Durchführung des zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik abgeschlossenen Übereinkommens vom 28. Juli 1923 über die beiderseitigen Botschaftsgebäude und die Regelung gewisser besonderer, damit zusammenhängender Fragen samt Schlußprotokoll, beide vom 16. Juli 1927;

2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtsachen vom 11. März 1970;

3. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den internationalen Straßenverkehr samt Protokoll, beide vom 3. Juli 1973, und Vereinbarung über die Wiederranwendung dieses Abkommens und die Änderung seiner Artikel 14 und 18 vom 19. Dezember 1978.

Die Z 1, 3, 6 und 9 des Protokolls sind so zu lesen, daß

a) Z 1 des Protokolls lautet:

„(1) Im Sinne des genannten Abkommens sind unter zuständigen Behörden zu verstehen:

Von österreichischer Seite: das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,

Von russischer Seite: „Das Ministerium für Verkehr der Russischen Föderation“;

b) in Z 3 des Protokolls die Worte ‚des Anhangs 2 des Übereinkommens über den Straßenverkehr vom 8. November 1968‘ an die Stelle der Worte ‚des Anhangs 3 des Abkommens über den Straßenverkehr vom 19. September 1949‘ treten;

c) in Z 6 des Protokolls die Worte ‚zwischen dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich und dem Ministerium für Verkehr der Russischen Föderation‘ an die Stelle der Worte ‚zwischen dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Ministerium für Autotransport der RSFSR‘ treten;

d) in Z 9 des Protokolls die Worte ‚Übereinkommen über den Straßenverkehr, das in Wien am 8. November 1968 abgeschlossen worden ist‘ an die Stelle der Worte ‚Abkommen über den Straßenverkehr, das in Genf am 19. September 1949 abgeschlossen worden ist‘ treten.

4. Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend Sichtvermerke für Journalisten und deren Familienangehörige vom 1. März 1976;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend die Erteilung von mehrmaligen Sichtvermerken für Mitarbeiter von Botschaften, konsularischen Vertretungen und deren Familienangehörige vom 12. September 1977 und vom 10. März 1978;

6. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vom 10. April 1981;

7. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz vom 16. Dezember 1981;

8. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Innere Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Suchtgifthandels und der organisierten Kriminalität vom 11. Jänner 1990;

9. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen samt Notenwechsel, beide vom 8. Februar 1990;

10. Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die vereinfachte Regelung der Ein- und Ausreise sowie des vorübergehenden Aufenthalts der Besatzungsmitglieder von Flugzeugen österreichischer und sowjetischer Fluggesellschaften vom 4. und 12. April 1990.

12

1193 der Beilagen

Gruppe II

Verträge, die bis zum Abschluß neuer Verträge in pragmatischer Weise weiter angewendet werden sollen:

11. Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken samt Beilage betreffend die Rechtsstellung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Republik Österreich vom 17. Oktober 1955;

12. Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 28. Februar 1959 und Protokoll vom 31. Mai 1974;

13. Abkommen über die wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 24. Mai 1968;

14. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Luftverkehr vom 2. Juli 1968;

15. Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 1. Februar 1973 und Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;

16. Langfristiges Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. Mai 1975 und Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;

17. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich und dem Staatlichen Komitee der UdSSR für Erfindungen und Entdeckungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums vom 25. Oktober 1980;

18. Langfristiges Programm über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 19. Jänner 1981 und Protokoll über die Erweiterung und Verlängerung der Gültigkeitsdauer bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;

19. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Rechtsschutz gewerblichen Eigentums vom 10. April 1981;

20. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens samt Notenwechsel vom 10. April 1981;

21. Memorandum zwischen dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Österreichs und dem Ministerium für Zivilluftfahrt der UdSSR vom 9. Juli 1987;

22. Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. Juli 1987;

23. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen vom 12. September 1988.

Gruppe III

Verträge, die bis zur Neuregelung der Beziehungen auf den jeweiligen Sachgebieten, soweit möglich, in pragmatischer Weise weiter angewendet werden sollen:

24. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend die Regelung technischer und kommerzieller Fragen der Donauschifffahrt vom 14. Juni 1957;

25. Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 22. März 1968;

26. Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für die Jahre 1990 bis 1993 vom 20. Juni 1990.

Gruppe IV

Verträge, die als nicht mehr in Geltung stehend identifiziert wurden:

27. Abkommen betreffend die beiderseitige Anerkennung der Warenzeichen vom 26. April 1927;

28. Notenwechsel betreffend die Befreiung von der Gebühr für die Aufenthaltsbewilligung für Ausländer vom 10./27. Juli 1932;

29. Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der UdSSR über den gegenseitigen Filmverkehr vom 2. August 1956;

1193 der Beilagen

13

30. Abkommen über Erdöllieferungen aus der UdSSR an die Republik Österreich in den Jahren 1959 bis 1965 als Kompensation für die Hälfte der durch Österreich an die Sowjetunion laut Abkommen vom 12. Juli 1955 alljährlich zu liefernden Ölmengen vom 26. September 1958;

31. Abkommen über den donanahen Handel zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. Juli 1987;

32. Abkommen zwischen dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft der Republik Österreich und der Staatskommission des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für Nahrungsmittel und Beschaffung über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft vom 12. November 1989.

In den in den Gruppen I, II und III angeführten Verträgen sind die Bezeichnungen ‚Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken‘ oder ‚UdSSR‘ bzw. ‚sowjetisch‘ als ‚Russische Föderation‘ bzw. ‚russisch‘ zu lesen.

Die in diesem Notenwechsel vorgenommene Einteilung der Verträge in Gruppen läßt die innerstaatlichen Zuständigkeiten der beiden Seiten zur Änderung und zur Beendigung der Geltung der völkerrechtlichen Verträge unberührt.

Falls die Russische Föderation mit dieser Vorgangsweise einverstanden ist, ersuche ich dies in Form einer Note zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.“

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Russische Föderation dem Inhalt Ihrer Note zustimmt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

A. W. Kosyrew

S. E. Herrn Dr. Alois MOCK
Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten
der Republik Österreich

VORBLATT**Problem:**

Der Notenwechsel über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation legt insbesondere fest, daß völkerrechtliche Verträge, die seinerzeit mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossen worden sind, im Verhältnis zwischen Österreich und der Russischen Föderation weiter angewendet werden sollen.

Ziel:

Diese Regelung macht es erforderlich, die betreffenden Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation formell in Kraft zu setzen.

Inhalt:

Der Notenwechsel betrifft ua. die Weiteranwendung von vier Abkommen, die seinerzeit mit parlamentarischer Genehmigung abgeschlossen wurden, die sich auf das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz und die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen beziehen.

Alternativen:

Ohne Notenwechsel könnten diese Abkommen lediglich während einer Übergangszeit in pragmatischer Weise im Verhältnis zur Russischen Föderation weiter angewendet werden.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Die EG-Konformität des Notenwechsels ist gegeben, da der Vertragsabschluß in den Materien, die diese vier Abkommen betreffen, im Rahmen der EG in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt.

Erläuterungen

A. Allgemeines:

Der Notenwechsel über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation hat hinsichtlich der in Gruppe I unter den Z 2, 6, 7 und 9 angeführten Verträgen gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Er hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Der drittletzte Absatz des Notenwechsels ist als verfassungsändernd anzusehen. Eine Zustimmung des Bundesrats gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, geregelt werden.

Im Hinblick auf die im Dezember 1991 erfolgte Auflösung der Sowjetunion haben am 18. Mai 1992 in Wien und am 9./10. Dezember 1992 in Moskau bilaterale Expertengespräche über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation stattgefunden, bei denen die zwischen Österreich und der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge im Hinblick auf ihre Weiteranwendung zwischen Österreich und der Russischen Föderation erörtert wurden. Hierbei wurden diese Verträge, je nach der in Aussicht genommenen rechtlichen Behandlung, in vier Gruppen eingeteilt und gleichzeitig vereinbart, diese Einteilung in Form eines Notenwechsels über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation festzulegen.

Die in diesem Notenwechsel angeführte Gruppe I umfaßt jene Verträge, die weiter angewendet werden sollen, wobei die Bezeichnungen „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ usw. als „Russische Föderation“ usw. zu lesen sind und in einem Fall (Abkommen Nr. 3) weitere spezifische Anpassungen vorgenommen werden. Aus österreichischer Sicht sollen diese Verträge im Verhältnis zwischen Österreich und der Russischen Föderation formell in Kraft gesetzt werden. Diese Gruppe I enthält zehn Verträge, darunter vier Abkommen, die seinerzeit mit parlamentarischer Genehmigung

abgeschlossen worden sind. Die formelle Inkraftsetzung dieser vier Abkommen im Verhältnis zur Russischen Föderation bedarf einer Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG.

Gruppe II umfaßt jene Verträge, die bis zum Abschluß neuer Verträge in pragmatischer Weise weiter angewendet werden sollen. Es handelt sich hierbei um 13 Verträge, die Materien betreffen, die in absehbarer Zeit einer vertraglichen Neuregelung zugeführt werden sollen. Die Aufnahme dieser Verträge in Gruppe II bedeutet, daß diese Verträge bis zum Inkrafttreten der Neuregelung gemäß den allgemeinen Regeln des Völkerrechts (Art. 9 Abs. 1 B-VG) in pragmatischer Weise im Verhältnis zur Russischen Föderation weiter angewendet werden.

Gruppe III umfaßt jene Verträge, die bis zur Neuregelung der Beziehungen auf den jeweiligen Sachgebieten, soweit möglich, in pragmatischer Weise weiter angewendet werden sollen. Es handelt sich hierbei um drei Verträge, über deren pragmatische Weiteranwendung Einvernehmen zwischen Österreich und der Russischen Föderation besteht, ohne daß im Notenwechsel eine Feststellung darüber getroffen wird, ob die künftigen bilateralen Beziehungen auf den jeweiligen Sachgebieten durch neue völkerrechtliche Verträge oder in anderer Form geregelt werden sollen.

Gruppe IV umfaßt Verträge, die als nicht mehr in Geltung stehend identifiziert wurden. In diese Gruppe wurden sechs Verträge aufgenommen, die Gegenstand der eingangs erwähnten österreichisch-russischen Expertengespräche über die vertraglichen Beziehungen waren. Die Gruppe der nicht mehr in Geltung stehenden Verträge erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da zahlreiche andere bilaterale Verträge zwischen Österreich und der Sowjetunion, insbesondere solche aus der Zwischenkriegszeit, bereits vor der Auflösung der Sowjetunion völkerrechtlich nicht mehr in Geltung standen.

Das Völkerrecht geht beim Entstehen neuer Staaten im Bereich der vertraglichen Beziehungen grundsätzlich vom sogenannten „clean slate“-Prinzip aus. Dieses Prinzip besagt, daß für einen neu entstandenen Staat die vertraglichen Verpflichtungen seines Gebietsvorgängers in der Regel nicht

automatisch weitergelten. Eine Ausnahme bilden lediglich die sogenannten „radizierten Verträge“, wie Grenzregime, Transitrechte und Flußregime. Die Russische Föderation geht demgegenüber davon aus, daß sie nunmehr die völkerrechtlichen Rechte und Verpflichtungen der früheren Sowjetunion wahrnimmt. Bei den Expertengesprächen über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation konnte im Sinne der zwischen den beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis erzielt werden, das die angeführten grundsätzlichen Rechtsstandpunkte unberührt läßt.

Die Russische Föderation sprach sich bei den Expertengesprächen dafür aus, daß alle Verträge — ungeachtet von welchem innerstaatlich zuständigen Organ sie jeweils geschlossen wurden — in einem und demselben Notenwechsel behandelt werden. Da in der Gruppe I des Notenwechsels auch nach österreichischem Recht auf Verordnungsstufe stehende Staatsverträge (Regierungsübereinkommen, Ressortübereinkommen) enthalten sind, und der Rang dieser Abkommen nicht geändert werden sollte, bedarf es einer Aussage im Notenwechsel selbst, daß diese Verträge diesen Charakter behalten und daher auch nach Inkrafttreten des Notenwechsels ohne Genehmigung des Nationalrates geändert bzw. beendet werden können. Zu diesem Zweck wird im Notenwechsel im drittletzten Absatz zum Ausdruck gebracht, daß die in diesem Notenwechsel vorgenommene Einteilung der Verträge in Gruppen die innerstaatlichen Zuständigkeiten der beiden Seiten zur Änderung und zur Beendigung der Geltung der völkerrechtlichen Verträge, unabhängig vom Datum ihres Abschlusses, unberührt läßt. Diese Bestimmung muß im Verfassungsrang stehen, weil andernfalls eine Genehmigung des Nationalrates betreffend den gesamten Notenwechsel gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG zur Folge hätte, daß die in der Gruppe I des Notenwechsels genannten Regierungsübereinkommen und Ressortübereinkommen auf Gesetzesstufe stünden und nur mehr in einem der Art. 50 Abs. 1 B-VG entsprechenden Verfahren geändert werden könnten. Dies erscheint aber nicht zweckmäßig.

Der Notenwechsel legt in Form einer Generalklausel fest, daß bei den formell oder pragmatisch weiter anzuwendenden Abkommen die Bezeichnungen „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ oder „UdSSR“ bzw. „sowjetisch“ als „Russi-

sche Föderation“ bzw. „russisch“ zu lesen sind. Für jene Verträge, die seinerzeit mit parlamentarischer Genehmigung abgeschlossen worden sind und nunmehr im Verhältnis zur Russischen Föderation formell in Kraft gesetzt werden sollen, bedeutet dies, daß sie in Hinkunft als „Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation über in der Fassung des Notenwechsels vom 1993“ zu bezeichnen sind.

Es wird in Aussicht genommen, der Russischen Föderation im Fall der parlamentarischen Genehmigung des Notenwechsels mitzuteilen, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Notenwechsels erfüllt sind.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen:

Im folgenden werden die Fundstellen jener vier Verträge aus dem Notenwechsel angeführt, die seinerzeit mit parlamentarischer Genehmigung abgeschlossen worden sind und nunmehr im Verhältnis zur Russischen Föderation formell in Kraft gesetzt werden sollen:

Zu Z 2:

Das Abkommen betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen wurde mit BGBl. Nr. 112/1972 kundgemacht.

Zu Z 6:

Das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurde mit BGBl. Nr. 334/1982 kundgemacht.

Zu Z 7:

Das Abkommen über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz wurde mit BGBl. Nr. 424/1983 kundgemacht.

Zu Z 9:

Das Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen samt Notenwechsel wurde mit BGBl. Nr. 387/1991 kundgemacht.